



75 Jahre NATO

Der Westen zwischen zielorientierter Rationalität und zeitorientierter Reaktivität

Dr. Klaus Olshausen

April 2024

Zusammenfassung

Anfang April jährt sich die Unterzeichnung des Nordatlantik Vertrags zum 75. Mal. Seit mindestens zwei Jahren bildet das aggressive Russland wieder die größte Herausforderung. Während die NATO seit 2022 mit zielorientierter Rationalität an der (Wieder-)Herstellung wirksamer Verteidigung und glaubwürdiger Abschreckung für alle NATO-Mitglieder arbeitet, haben die westlichen Staaten bei der Unterstützung der angegriffenen Ukraine noch nicht vom reaktiven Modus zur Übernahme überzeugender Initiative gegenüber Russland gefunden. "Intensive Unterstützung" der Ukraine und ihre Einladung zur NATO-Mitgliedschaft beim Gipfel in Washington sind zwei Elemente, um die Initiative zu übernehmen und Russland seine Hoffnung zu nehmen, durch einen langen Krieg ein „Veto“ gegen die Ukraine in der NATO zu behalten. Erst mit einem Russland in seinen anerkannten Grenzen kann erneut über die europäische Sicherheitsordnung verhandelt werden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

In der Woche nach Ostern treffen sich die zwölf Gründungsmitglieder in Washington, um den 75. Tag der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags zu feiern, an dem das Nordatlantische Bündnis seinen Anfang nahm. In den Monaten bis zum Gipfeltreffen im Juli dieses Jahres werden viele Treffen und Konferenzen sowie Publikationen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten der Vergangenheit, Gegenwart und möglicher oder angestrebter Zukünfte dieser defensiven politischen und militärischen Nordatlantischen Allianz zuwenden.

Wie für die Staaten der EU stellen auch für die Staaten der NATO mit ihren zentralen Organisationen die aggressiven Ziele von Putins Russland gegen den „kollektiven Westen“ absehbar die unmittelbar größte Herausforderung dar. Dies insbesondere deshalb, weil beide Organisationen ihr klar erklärtes Ziel, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu erreichen, bei dessen Durchsetzung selbst immer wieder hemmen, da sie dieses Ziel ohne Krieg gegen Russland erreichen wollen.

Interessant ist, dass deshalb der Schwerpunkt sich auf die Verbesserung der Abschreckung und Verteidigung „jedes Zentimeters“ des NATO-Gebiets verlagert. Da außerdem die Unterstützung der Ukraine – gerade auch mit militärischen Mitteln – möglichst ohne innenpolitische soziale und wirtschaftliche Verwerfungen erfolgen soll, kann Putin zunehmend davon ausgehen, dass die NATO sich mehr darauf konzentriert, sich vor Angriffen auf ihre eigenen Gebiete abzusichern, als das revisionistische, imperiale Russland schon in der Ukraine zu stoppen.

In den letzten zwei Jahren sind die Erklärungen unzähliger Staaten, der EU, der NATO und anderer Staaten-gruppen nicht mehr zu zählen, in denen die Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine gefordert, ja als politischer Zweck eigenen Handelns festgehalten wird. Zuletzt erfolgte es lautstark beim Europäischen Rat (ER) am 21. März. Der entscheidende Satz lautet. „Russland darf nicht die Oberhand gewinnen“.

Man kann durchaus feststellen, dass die NATO seit Sommer 2022 mit zielorientierter Rationalität intensiv Konzepte und politische und militärische Maßnahmen auf den Weg bringt, dem Aggressor Russland, der sich mit dem „kollektiven Westen“ bereits im (hybriden) Krieg befindet, zunehmend eine entschlosseneren Verteidigungsfähigkeit und damit auch eine glaubwürdigere Abschreckung von einem Angriff entgegen zu stellen.

Das neue „NATO force model“ mit drei Regionalplänen, denen künftig klar bezeichnete Truppen und Führungsstäbe zugeordnet sind, und eine durchgeplante Aufmarschplanung mit einem stringenten Alarmierungssystem können eine stabile Rückversicherung für die Bündnisstaaten vom Nordkap bis zum Bosphorus aufbauen. Für die glaubwürdige Abschreckung Russlands ist zusätzlich die nukleare Komponente mit der Teilhabe möglichst vieler Bündnisstaaten und der von den USA eingebrachten „erweiterten Abschreckung“ überzeugend zu stärken.

Auf der anderen Seite muss man die Unterstützung der Ukraine in ihrem aufopferungsvollen Verteidigungskampf gegen die brutale Aggression Russlands an zwei entscheidenden Aussagen von EU und NATO messen. Die EU hat der Ukraine im frühen Stadium des Krieges den Kandidatenstatus zuerkannt und im Dezember 2023 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschlossen. Die NATO hat in Vilnius im letzten Juli und erneut am 24. Februar dieses Jahr, dem 2. Jahrestag der Invasion Russlands, unterstrichen: „Die Zukunft der Ukraine ist in der NATO“.

Nimmt man diese Aussagen, ja Verpflichtungen beider Organisationen ernst, ergeben sich drängende Fragen. Wie werden die Organisationen und die Staaten dafür sorgen, dass die Mitgliedschaft in der EU und möglichst rasch in der NATO verwirklicht werden kann? Wann wird die gesamte Unterstützung daran orientiert, dass die



Ukraine als selbstbestimmter, souveräner Staat in seinen anerkannten Grenzen in beide Organisationen aufgenommen werden kann?

Mit Blick auf die militärische, ökonomische und finanzielle Lage der Ukraine nehmen die Stimmen zu und werden lauter, die statt einer massiven Verstärkung der Unterstützung der Ukraine und deutlicher Verschärfung der Sanktionen gegen Russland verlauten lassen, dass die Lage für die Ukraine immer schwieriger werde und man sehen müsse, wie man die Ukraine zu Zugeständnissen drängen könne.

Eine derartige Denkrichtung entspricht einer zeit-/ereignisorientierten Reaktivität und übersieht, dass eine solche Entwicklung die Gefahren für die Allianz v.a. im Südosten und Osten drastisch erhöhen kann. Dagegen bedeutet ein erfolgreicher Kampf mit der Ukraine für alle EU- und NATO-Staaten einen starken Schutzgürtel gegen ein revanchistisches Russland.

Also liege es, wie die Schlussfolgerungen des ER am 21. März feststellen, im eigenen Interesse, die Ukraine so lange und SO INTENSIV wie nötig zu stärken. Denn Russland den Zugriff auf die Ukraine zu verwehren, erhöht nicht nur die glaubwürdige Abschreckung der NATO gegen mögliche weitere offensiven Pläne Russlands. Vielmehr sendet es die globale Botschaft an alle Staaten, die ähnlich aggressive Ziele verfolgen, dass dies auf wirksamen Widerstand treffen wird.

Außerdem ist es nach den „Nebel-Formeln“ zu einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine im Gipfeldokument von Vilnius dringend erforderlich, Putin sein quasi „Veto“ durch endlose Verlängerung des Krieges zu entreißen. Das kann geschehen, wenn die jetzt 32 Mitglieder der Allianz beim Gipfel in Washington die Ukraine zur Mitgliedschaft einladen. Das entwindet Putin einen Hebel, den er seit Jahren gegenüber einer Reihe von Regierungen ausnutzt. Und andererseits bleibt es in der Hand der Bündnisstaaten, die jeweilige nationale Ratifizierung für den Beitritt der souveränen Ukraine durchzuführen.

Die zielorientierte Rationalität bei der Verbesserung der Abschreckung und Verteidigung der NATO gegen Russland in allen Domänen muss endlich verknüpft werden mit dem Zurückgewinnen der Initiative des Westens gegen den Aggressor in der Ukraine, um Russland in seine anerkannten Grenzen zu verweisen. Erst dann kann wieder über eine europäische Sicherheitsordnung auf der Grundlage des Völkerrechts verhandelt werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen